

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltengzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Staatsminister hat die an der Salzburger Studienbibliothek erledigte Skriptorstelle dem bisher als Professor der Dogmatik am dortigen Lyzeum angestellten Dr. Karl Wenger und zwar auf Grund der mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. Februar d. J. ertheilten Ermächtigung mit dem Titel eines „Custos“ verliehen.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Franz Edlen v. Kothorn zum Präsidenten, und des Leopold Nagel zum Vize-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Klagenfurt für das Jahr 1863 bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Unser Landtag.

Laibach, 16. Februar.

Neununddreißig Tage ist nun unser Landtag beisammen, innerhalb welcher Zeit er fünfzehn Sitzungen gehalten hat; noch eine so lange Frist, und die Session wird geschlossen werden; sie soll, wie wir vernehmen, mit dem 28. März zu Ende gehen.

Ueberblicken wir, welche Resultate die bisherigen Verhandlungen gehabt haben, so müssen wir den Vorwurf der öffentlichen Meinung, welchem auch der Abg. Ambrosch in der letzten Sitzung Worte verlieh, daß nämlich mit formellen Dingen sehr viel Zeit vergeudet worden ist, als berechtigt ansehen. Führt der Landtag so fort, greift er die Angelegenheiten, deren Lösung das Land mit Sehnsucht erwartet, in der zweiten Hälfte seines Bestehens nicht mit mehr Energie an, so dürfte es geschehen, daß das Ende seiner Thätigkeit kommt, ohne daß er seine hohe und wichtige Aufgabe gelöst hat.

Zu den wichtigsten Gegenständen, deren Berathung noch bevorsteht, gehören die Regierungsvorlagen. Es sind deren vier: das Gemeindegesetz, das Gesetz über die Beiträge zu den Kirchenbauten u., das Gesetz über Schulpatronate, und das Straßenbaukonkurrenzgesetz. Alle vier befinden sich noch in den Händen der betreffenden Comité's, denen sie nach oft unerquicklicher zeitraubender Debatte überwiesen wurden. Bezüglich des ersteren sind allerdings zwei Prinzipienfragen als gelöst zu betrachten, nämlich die Frage wegen Verbleiben des Großgrundbesitzes im Gemeindeverbande, und die Frage betreffend die Bildung von Bezirksgemeinden; allein der Gesetz-Entwurf soll in vielen Punkten einer wesentlichen Aenderung unterworfen worden sein, und dürfte die Berathung im Plenum mehr als einige Sitzungen in Anspruch nehmen. Wie weit die Arbeiten der anderen zwei Comité's, von denen dem einen die Gesetze über Kirchenbauten und Schulpatronate, dem andern das Gesetz über Straßenbau überwiesen wurden, gediehen ist, haben wir nicht erfahren können.

Von den Vorlagen des Landesausschusses sind jene, welche wesentlich formelle Angelegenheiten zum Gegenstand haben, bisher in Berathung genommen worden, als da sind: die Geschäftsordnung für den Landtag, die Geschäftsordnung für den Landesausschuss, die Systemisirung des landschaftlichen Beamten- und Diener-Personales, und die Dienstespragmatik und Instruktion für die landschaftlichen Beamten. Für so nothwendig wir die Erledigung dieser Vorlagen auch halten, so meinen wir doch, der Landtag hätte sich in mancher Beziehung kürzer fassen können, und theilen wir da die Ansicht des Abg. Outmann, welcher die paragraphenweise Berathung der im zweiten

Hauptstück der Dienstes-Instruktion enthaltenen Vorschriften über die Kanzleigeschäfte für überflüssig hielt.

Ueber zwei der Vorlagen des Landesausschusses wurden Beschlüsse gefaßt, die zu einem erwünschten Resultate führen können; der Landtag votirte die Erweiterung des Zivilspitals und die Errichtung einer gemeinschaftlichen Irrenanstalt mit Steiermark. Letztere Angelegenheit bedarf freilich erst noch der Zustimmung des steierischen Landtages, bevor ihre Lösung eine endgiltige genannt werden kann. Eine Vorlage des Landesausschusses wurde ganz verworfen, nämlich jene die Rekonstruktion des Thurmdaches bei der Zivilspitalkirche und Erhöhung des Thurmes betreffend. Zwei weitere Vorlagen, eine bezüglich der Militärbequartierung in Krain, und eine bezüglich des Moorbrennens, wurden zur genaueren Vorberathung besonderen Comité's überwiesen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung ist das Projekt eines Lotterie-Anlehens gesetzt, mittelst welchem die Landschaft die Vorschüsse des Avarers an den Grundentlastungsfond decken will — eine Angelegenheit, die wichtig genug ist, um eine ganze, vielleicht zwei und mehr Sitzungen in Anspruch zu nehmen. Wir sehen somit den Rest der Zeit, welcher dem Landtage zur Berathung des Gemeindegesetzes u. bleibt, immer mehr zusammenschrumpfen und können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß er später sich genöthigt sieht, um seine Aufgabe nur zu vollenden, die wichtigsten Gegenstände allzu flüchtig zu behandeln. Welche Nachtheile für das Land daraus entstehen können, wollen wir nicht hervorheben.

Wir halten es für unsere Pflicht die Vertreter des Volkes im Namen dieses daran zu ermahnen, daß sie die kostbare Zeit ja benützen, um Institutionen zu schaffen, welche praktisch und berechnet sind, das Wohl des Volkes zu heben; daß sie namentlich das Gemeindegesetz bald in Angriff nehmen, damit endlich einmal die Basis hergestellt wird, auf welcher der ganze Verfassungsbau ruht. Für Krain nicht minder wichtig ist das Gesetz über Konkurrenz beim Straßenbau, durch welches so manchen Klagen der Gemeinden ein Ende gemacht werden soll, und dessen Einführung von vielen Seiten mit Sehnsucht entgegengeesehen wird.

Also, es ist Grund genug vorhanden, daß der Landtag, nachdem die formellen Angelegenheiten erledigt sind, eine rasche, resultatreiche Thätigkeit entfalte.

Oesterreichs polnische Interessen.

D. Z. Wir begegnen in preussischen Organen ziemlich häufig der Auffassung, daß Oesterreich schon deshalb der russisch-preussischen Konvention sich hätte beigesellen sollen, weil seine Interessen mit denen Rußlands im Königreiche Polen und Preußens in Posen identisch seien. Wir erlauben uns, entgegen-gesetzter Meinung zu sein; wir glauben vielmehr, daß zwischen den polnischen Interessen und Belangen Oesterreichs und der gedachten Mächte tiefe Unterschiede obwalten. Daraus ziehen wir gerade den umgekehrten Schluss, daß nämlich Oesterreich sehr wohlgethan hat, sich von einer Vereinbarung zunächst ferne zu halten, die, wenn sie auch nicht geeignet sein sollte, Verwicklungen herbeizuführen, welche zu vermeiden jedenfalls wünschenswerth ist, doch auch nicht dazu dienen dürfte, in erster Linie die Sicherheit der polnischen Besitzungen Oesterreichs zu gewährleisten.

Wir wollen nicht daran erinnern, daß Oesterreich im verflochtenen Jahrhundert nur widerstrebend zu den Theilungen Polens seine Zustimmung gab. Wir wollen nicht geltend machen, daß es hierbei nicht seiner Reizung und Ueberzeugung, sondern dem Gebote der Nothwendigkeit folgte, das Gleichgewicht zwischen seinen eigenen Machtzuständen und denen

seiner nächsten Nachbarn herzustellen und einseitigen unverhältnismäßigen Gebietszuwachs bei letzteren fernzuhalten. Viele Jahrzehente sind seitdem dahingeschwunden, aus der vollbrachten Thatfache sind neue Zustände und Besitzrechte hervorgewachsen, und wer möchte zweifeln, daß Oesterreich dieselben achtet und auch seinerseits geachtet wissen will? Es konnte daher wohl kaum eine plattere Beschuldigung vorgebracht werden als die, daß Oesterreich mit der Sache der Insurrektion sympathisire.

Oesterreich hat nie von dem gefährlichen Mittel der Nationalitätenpolitik Gebrauch gemacht, es hat diese zweischneidige Waffe nie gehandhabt.

Allein worauf es mit ziemlicher Beruhigung ein Gewicht legen darf, das ist der Umstand, daß es die zwei wichtigsten Momente des polnischen Lebens, die Nationalität und den Katholizismus, stets in Ehren hielt. Selbst seine Gegner müssen ihm in dieser Hinsicht Anerkennung widerfahren lassen. Die Polen wissen am besten, daß sie von unserer Seite keinen Germanisirungszwang zu erdulden hatten. Sie wissen, daß die katholische Kirche in Galizien gewissenhaft geachtet und geschützt wurde, und daß nichts geschah, was sie ihrem natürlichen Gefüge, der Verbindung mit Rom, enrückt hätte. Es entfallen daher bei uns zwei wichtige Motive jener immerhin beklagenswerthen Bewegung, welche auf polnischem Boden jetzt so viel Blut fließen macht.

Aus der Lauterkeit seiner Politik mag daher Oesterreich jetzt die Beruhigung schöpfen, daß es keiner außerordentlichen Maßregeln bedürfen wird, um die Sicherheit seiner Besitzungen in dem tobenden Sturme zu verbürgen. Es that jedenfalls am besten, sich auf den Boden seiner spezifischen Interessen zu stellen und nur diesen bei der Behandlung der urplötzlich aufgeworfenen brennenden Frage zu Rathe zu ziehen. Es durfte über den Kreis derselben nicht hinausgehen, ohne sich Wechselfällen auszusetzen, die es vermeiden will und hoffentlich auch kann. Bei einiger Ueberlegung dürften daher die gemeinten preussischen Organe zur Ueberzeugung gelangen, daß ihre Schlussfolgerungen eben so unannehmbar erscheinen, als die Prämissen, von denen sie ausgehen.

Der Aufstand in Polen.

Die Nachrichten, welche der Telegraph über den Stand der Dinge in dem insurgirten Polen bringt, gleichen den piemontesischen Berichten über den Brigantaggio im Neapolitanischen; die Briganten werden täglich in der Zahl von 500 durch die Truppen Lamarmoras vernichtet und — kehren immer wieder. So auch die Insurgenten in Polen; die russische Regierung läßt sie durch ihre Truppen zersprengen, vernichten, gefangen nehmen — und Tags darauf meldet der Telegraph, daß sie in größerer Anzahl wieder da seien.

Dieser Guerillakrieg mit allen seinen Gräueln — die Russen äßern die Dörfer ein und morden was ihnen unter die Hände kommt — muß endlich die Aufmerksamkeit der zivilisirten Staaten auf sich ziehen. Dem „Gaz“ kommen von seinem Wiener Korrespondenten in einem ganz lakonischen Briefe folgende zwei sichere Nachrichten zu: 1. Das englische Kabinet hat an den Fürsten Gortschakoff die Anfrage gerichtet, ob er die Verträge vom Jahre 1815 bezüglich Polens als bindend betrachtet. 2. Dasselbe Kabinet hat dem Herrn von Bismark in Berlin erklärt, daß eine jede Intervention von Seite Preußens zu Gunsten Rußlands für England einen casus belli abgeben werde.

Wir lassen es dahingestellt, ob dieß volle Wahrheit ist und erlauben uns namentlich bezüglich des zweiten Punktes einige Zweifel zu hegen; inßes hat es doch den Anschein, als ob die polnische Insurrek-

tion allmählig den Charakter einer europäischen Frage annehme, wozu namentlich die materielle Dienstleistung Preußens Anlaß gibt. Die liberalen preussischen Blätter mißbilligen die Intervention Preußens zu Gunsten Rußlands im Königreiche Polen in sehr verschiedener Weise. Die ungemein gemäßigte „Schles. Ztg.“ schreibt: „Wir sollen unsere Grenzen schützen; wir sollen verteidigen, was wir besitzen, und was zum größten Theil durch Sitte und preussisches Staatsbürgerthum germanisirt ist. Aber eine Intervention in Polen, zu Gunsten Rußlands, dessen Gortschakoff noch vor drei Jahren sich weigerte, mit uns und England in eine Solidarität einzutreten, die den ersten Friedensstörer in Europa niederschlagen könnte, ist keine gesunde Politik für uns. Schützen wir unsere Grenzen und wehren wir den Zuzug zur Insurrektion aus unseren Provinzen ab — wir haben genug gethan. Nur nicht mehr!“ Ganz dasselbe sagt die „Nat. Ztg.“, nur noch schärfer.

Wie Alles in der Welt und auch das scheinbar Traurigste seine gute Seite hat, so dürfte man es der blutigen polnischen Erhebung zum Verdienst anrechnen, daß sie das zwischen Preußen und Rußland herrschende, wahrhaft rührende Einverständnis in so überraschender Weise an den Tag gebracht hat, und daß sie ferner, indem sie auch Oesterreich zwingt, seine Haltung dem polnisch-russischen Konflikt gegenüber zu kennzeichnen, dem Kaiserstaat eine entschieden vortheilhafte Situation bietet und ihm neuen Zuwachs an Sympathien und eine bedeutende Kräftigung seines moralischen Einflusses in sichere Aussicht stellt.

Nach den letzten Nachrichten aus den verschiedenen Gegenden des ausgebreiteten Kampfplatzes in Polen, gestaltet sich der polnische Aufstand folgendermaßen: In den südlichen Woiwodschaften, d. i. in dem Krakauer und Sandomirer Gebiete, umfaßt der Aufstand das ganze Land von Kalisch und Czestochau, wo starke russische Besatzungen liegen, bis nach Kielce und Sandomierz, mit alleiniger Ausnahme Wrehow's. Die Depeſchen aus Lemberg, welche dort, wie es scheint, nach den amtlichen Berichten aus Tarnobrzeg abgefaßt werden, berichten, daß die 2500 Mann zählende russische Kolonne nach der widerstandlosen Einnahme von Zawichost, Sandomir ebenfalls, ohne auf Widerstand zu stoßen, eingenommen habe. Es ist dieß wahrscheinlich, denn weder in Zawichost, noch in Sandomir hat es bewaffnete Abtheilungen Aufständischer gegeben, und es scheint demnach die Aufgabe der „Wiener Zeitung“, als sei in Zawichost eine Abtheilung unter der Anführung Frankowski's gestanden, und als sei Frankowski verwundet und gefangen genommen worden, irrig zu sein. Kleine Abtheilungen, welche dort die polnische National-Regierung proklamirt haben, zogen hierauf gegen Starzow oder gegen Slupie.

Im Lubliner Gebiete sind mehrere Korps der Aufständischen in verschiedenen Gegenden dieser Woiwodschaft vertheilt, nur eine circa 200 Mann zählende Abtheilung der Aufständischen wurde an der Grenze mit einem Verluste von mehreren Mann auseinander-gesprengt.

Im Podlasier Gebiet ist die Gegend um Wengrow noch immer von den Aufständischen besetzt.

Die von Biala nach Lithauen hinübergedrungene Abtheilung hat, durch örtliche Zuzüge verstärkt, bei Siemiatyce mit den Russen ein Treffen bestanden, worüber jedoch bis nun keine authentischen näheren Nachrichten vorliegen. Aus dem wenig Glauben verdienenden russischen Rapport über dieses Treffen läßt sich nur schließen, daß nicht die Stadt selbst Ort des Kampfes war, daß derselbe vielmehr in der Nähe oder vor der Stadt stattgefunden habe. Die Aufständischen werden sich, nachdem sie den Anfall der Russen zurückgeschlagen hatten, in Ordnung zurückgezogen haben, worauf die Okkupation der Stadt durch die Russen folgte, welche sie dann gewohnheitsmäßig plündernd und mordend in Brand steckten. Das bisherige Verhalten der Russen bei Wengrow, Suchedniow, Wondoch und Tomaszow läßt die schreckliche Vermuthung zu, daß jene 1000 Gefallenen, deren der russische Rapport erwähnt, die ermordeten wehrlosen Bewohner von Siemiatyce sind. Im Gebiete von Plock tauchen neue Schaaren Aufständischer auf. Ebenso hat sich im Gebiete von Kalisch ein starkes Korps Aufständischer in der Nähe von Konin gebildet, und der russischen Besatzung von Konin werden eilig Hilstruppen zugesandt. Aus dem nördlichen Theile Lithauens und aus dem Augustow'schen fehlen alle Nachrichten.

Die Insurgenten lagern noch immer um Dombrowa herum, und beschäftigen sich dort sehr eifrig mit der Erzeugung von Kanonen und Kugeln. Am 10. d. M. Abends wurde eine Abtheilung Aufständischer von Dombrowa nach Modrzewow entsendet, um die dortige Kasse wegzunehmen. Die Abtheilung vollführte vollständig ihre Aufgabe und kehrte wieder nach Dombrowa zurück; der Kassier hatte sich den Insurgenten angeschlossen.

Der „Gzas“ veröffentlicht eine aus der diplo-

matischen Kanzlei des Großfürsten Konstantin stammende, an die Höfe von Paris, London und Berlin gerichtete Note, welche das polnische Blatt, wie es beifügt, wahrscheinlich den Insurgenten verdanke, die sie dem Courier abgenommen und versandt haben. Das Altentstück lautet, aus dem französischen Original in's Deutsche übertragen, wie folgt:

„Warschau, 23. Jänner (4. Februar).

Herr Gesandter!

Die ausländische Revolutions-Presse aller Länder, welche ihre Nachrichten fast ausschließlich aus dem in Krakau erscheinenden Journale „Gzas“ schöpft, bemühte sich, den Aufstand, welcher in einigen Theilen des Königreiches Polen ausgebrochen ist, als eine Folge der Rekrutierung und der schrecklichen Art, in welcher diese Rekrutierung in Warschau stattfand, darzustellen. Die Lemberger „Gazetta Narodowa“, welche womöglich noch mehr revolutionär als der „Gzas“, aber zugleich auch aufrichtiger ist, hat der Anschauungsweise, welche der „Gzas“ bezüglich der Entstehungsgründe des Aufstandes nach der ausländischen Presse verlanzt hat, das offenbarste Dementi gegeben, denn sie gestand, daß der Aufstand früher vorbereitet war, und zur Unterstützung dieser ihrer Behauptung führte sie die deutlichsten Beweise an. So hat uns der Feind selbst die besten Waffen zu seiner Bekämpfung gegeben, und zu diesem Behufe, sowie um Eurer Excellenz die Möglichkeit zu verschaffen (falls Sie es als passend erachten), die vorzüglich verbreitete irrige Ansicht, daß die Rekrutierung den Aufstand hervorgerufen habe, zu berichtigen, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen beigegeben in Uebersetzung die zwei Artikel zu übersenden, die in der „Gazetta Narodowa“ enthalten waren. Um die falschen Behauptungen der Presse über die Motive des Aufstandes noch mehr zu dementiren, füge ich hinzu, daß acht Tage vor dem zur Rekrutierung angeetzten Termine, welcher Termin Niemand bekannt war, über 1500 Personen Warschau nach und nach verließen, um sich in Banden zu sammeln. Der Aufstand war demnach beschloffen, und war schon im Beginne, bevor die Rekrutierung anfing, welche bezüglich seiner (des Aufstandes) nichts ist.

Ich habe die Ehre, Herr Gesandter, zu sein mit der größten Achtung Eurer Excellenz unterthänigster und gehorsamster Diener

Tengoborski m. p.

An Se. Excellenz u. c.

Der „Gzas“ erwidert diese in ihrer Art ganz einzig dastehende Note, und widerlegt namentlich die Schlussbemerkung derselben nicht bloß durch mehrfache Argumente, sondern namentlich mit Hinweisung auf allgemein bekannte Fakta, unter Anderm auf die eigenen Geständnisse der russischen Regierung im „Journal de St. Petersbourg“ und im „Dziennik Powszechny.“

Oesterreich.

Wien. Die Vorarbeiten für die Justizvorlagen, welche in der nächsten Reichsraths-Session eingebracht werden sollen, nehmen im Justizministerium ihren raschen Fortgang. Die kommissionellen Beratungen über die Grundprinzipien der neuen Strafprozeß-Ordnung, in welcher, wie die „Wiener Z.“ vernimmt, unter Anderem auch dem Prinzip der Geschwornengerichte Rechnung getragen werden soll, sind ihrem Schlusse sehr nahe, und man hofft schon in nächster Zeit zur endgiltigen Textirung des einzubringenden Gesetzentwurfes schreiten zu können. Es sollen hierauf die Schlussberatungen der neuen Konkursordnung an die Reihe kommen. In den betreffenden Kreisen der Regierung hofft man daher dem Reichsrathe schon in der nächsten Session nebst dem vollständigen Gesetzentwurf für die Strafprozeß- und Konkursordnung, auch die Hauptprinzipien für die Zivilprozeßordnung und die Grundzüge für die Organisation der Justizbehörden zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegen zu können.

Die Regierung hat eine allgemeine Instruktion an die Statthalter und Landtagskommissäre des Inhalts erlassen: daß sich die Regierung zwar das Recht der Landtage zu Anträgen nach §. 19 der Landesordnungen auf Erlassung allgemeiner Reichsgesetze vollkommen gegenwärtig halte, daß aber die Rechtssphäre der Landtage nicht dahin ausgedehnt werden könne, daß einzelnen Mitgliedern das Recht der Interpellationen an die Regierungsvertreter über Gegenstände zustehe, bezüglich welcher dem gesammten Landtage nur das Recht der Antragstellung eingeräumt ist, und bezüglich welcher sich die Statthalter und Landtagskommissäre immer erst Instruktionen von der Reichsregierung einholen müssen. Das Recht der Landtagsmitglieder zu Interpellationen könne sich nur auf Gegenstände beziehen, bezüglich welcher den Landtagen das Beschlußrecht nach §. 17 der Landesordnung zustehe, also bezüglich welcher den Landtagen ein selbstständiger Wirkungskreis eingeräumt ist. Interpellationen nach §. 19 der Landesordnung würden

in Zukunft von den Regierungskommissären nicht zu beantworten sein.

Lemberg, 11. Februar. Heute wurde folgende Kundmachung der Statthalterei publizirt:

„Im Grunde des §. 42 des kaiserlichen Patent's vom 24. Oktober 1852 (N. G. B. Nr. 223) wird verordnet, daß von nun an, bis auf Weiteres der Ankauf jeder Gattung von Waffen und Munitionsgegenständen nur gegen spezielle Bewilligung stattfinden darf, welche in Lemberg und Krakau von der k. k. Polizei-Direktion, sonst von den k. k. Kreis- Behörden ausgestellt wird. Die zur Anfertigung und zum Verkauf von Waffen und Munitionsgegenständen befugten Gewerbs- und Handelsleute werden verpflichtet, über die stattfindenden Verkäufe genaue Verzeichnisse zu führen, und denselben die Lizenzscheine beizufügen, auf deren Grundlage die Verkäufe stattfinden.“

Italienische Staaten.

Verona, 11. Februar. Zur Charakteristik der Zuversicht, mit welcher man sich hier jetzt selbst in offiziellen Kreisen der Hoffnung auf ungestörte Erhaltung des Friedens hingibt, kann folgendes Faktum dienen: Im Jahre 1859 wurden nämlich sowohl hier als in Mantua alle in Festungsrayon befindlichen und die freie Aussicht hindernenden Pflanzungen und Gebäude, welche dem Feinde eine Deckung hätten gewähren können, demolirt, und war bis jetzt eine weitere Anlegung von derlei Pflanzungen u. s. w. nicht gestattet. In letzterer Zeit wurde jedoch dieses Verbot aufgehoben, und den Bewohnern gestattet, Pflanzungen und selbst Gebäude aufzuführen, wenn dieselben sich verpflichten, im Falle eines Krieges auf eigene Kosten und ohne irgend einen Anspruch auf Vergütung diese, die Vertheidigungsfähigkeit der Festungen beschränkenden Hindernisse wegzuräumen. Der beste Beweis für das Vertrauen der Bevölkerung auf die Fortdauer des Friedens ist es, daß die meisten Besitzer solcher unter den Kanonen der Festung gelegenen Gründe willig auf diese Bedingung eingingen, und daß die Festungsrayons sich mit Gärten, Bäumen und selbst kleinen Bauwerken zu füllen beginnen, welcher Umstand auch dafür spricht, daß die Leute, welche mit oft nicht unbedeutendem Kostenaufwande diese Bauten und Pflanzungen vornehmen, der festen Ueberzeugung sind, dieselben wenigstens nicht so bald wieder zerstören zu müssen.

Frankeich.

Ueber das Ballfest beim Fürsten Metternich, österreichischen Gesandten in Paris, berichtet „La France“: „Oestern, Mittwoch, Abends gab der Fürst und die Fürstin Metternich ein glänzendes Fest im Hotel der österreichischen Gesandtschaft. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten diesem Feste bei. Der Kaiser trug den großen Cordon des österreichischen St. Stephan-Ordens. Ihre Majestäten wurden am Eingang des Hotels in offizieller Weise von dem Fürsten und der Fürstin Metternich, die von dem ganzen Gesandtschaftspersonal umgeben waren, empfangen. Die Anwesenheit Ihrer Majestäten bei diesem glänzenden Feste wird als ein Beweis der besonderen Sympathie für den Gesandten und die Fürstin Metternich und für ihren erhabenen Souverän betrachtet werden.“

Türkei.

Konstantinopel, 13. Februar. Fuad Pascha wurde zum Seraskier und Kriegsminister ernannt, um Ordnung in den Armeehaushalt zu bringen. Die Gerüchte von Truppen-Konzentrationen in Bosnien und an der serbischen Grenze sind falsch. Die von der Regierung mit der ottomanischen Bank in London und den Kredit mobiler in Paris, sowie mit englischen und französischen Häusern für 30 Jahre vereinbarte hiesige Bank ist vor der Hand auf 2,700,000 Pfd. St. gestellt. Die Administration wird in europäischen Händen, die Kontrolle in denen der Regierung liegen. Für die nöthige Garantie ist gesorgt, und der Bank der weiteste Geschäftskreis eröffnet. Der Internuntius gibt morgen, der französische Botschafter Montag einen Ball, zu dem alle türkischen Notabilitäten geladen sind.

Tagesbericht.

Laibach, 17. Februar.

Die heutige Corsofahrt beginnt um drei Uhr; man erwartet bei dem einladenden Wetter eine große Theilnahme der Bevölkerung. — Um 4 Uhr beginnt die Kindervorstellung im Theater; gegeben wird „Lumpazivagabundus“ und zwar die Männerrollen vom weiblichen, die Damenrollen vom männlichen Personale. — Der Maskenball auf der Schießstätte soll schon um 7 Uhr seinen Anfang nehmen; er dürfte sehr hübsch und sehr zahlreich besucht werden.

— Samstag den 21. d. M. findet um 5 Uhr Abends im Zivilspitale eine wissenschaftliche Versammlung des Vereins der Aerzte Statt.

— Die gestrigen Wiener Blätter, mit Ausnahme der „Presse“, sind uns nicht zugekommen.

Wien, 15. Februar.

— Man schreibt der Pariser „Patrie“ aus Venedig, daß alles für das Statut Veneziens bereit gewesen, aber daß die Ereignisse in Polen die Regierung veranlaßt haben, die Ausführung dieser Maßregel aufzuschieben, obgleich General Benedek erklärt hat, er stehe für die Aufrechthaltung der Ruhe ein.

Bermischte Nachrichten.

Aus Rattowitz erzählt die „Breslauer Zeitung“: Unter den am Samstag angekommenen Kosaken ereignete sich folgende Szene: Zwei Brüder treffen sich, welche 8 Jahre nichts von einander wußten; der eine war 8, der andere 4 Jahre im Dienst; unter Ausfragen, ob ihr Vater noch lebte, oder vom Militär wohl entlassen sei, da derselbe ausgehoben wurde, als die jungen noch klein waren, gesellte sich der Vater zu ihnen; die Freude war groß, und des Ausfragens, ob Mutter lebt u. s. w. kein Ende; dieß möge Ihnen ein Bild über russische Aushebung geben. Schreiben kann keiner; überdieß sagen sie, in der Heimat gebe es keine Post, also leben Familien getrennt, ohne jegliche Nachricht von einander. Geld hatten die Kosaken sehr viel, mancher Gemeinde viele hundert Rubel, trotz der 3 Pf. Traktament; die Offiziere natürlich bedeutend mehr.

— Die P. P. Jesuiten in Rom haben eine statistische Uebersicht ihrer auswärtigen Missionen veröffentlicht. Von circa 7000 Mitgliedern der Gesellschaft sind 1312 auf Mission und von diesen 51 in Europa, 228 in Asien, 177 in Afrika, 689 in Nordamerika, 115 in Südamerika und die übrigen in Australien. Der Nationalität nach besteht die Mehrzahl aus Franzosen (557), Spaniern (282) und Italienern (219).

— In Genf starb am 4. d. Mts. auf seinem Schlosse der bekannte Philhellene Herr Gynard, der seiner Zeit die griechische Schuld aus eigenen Mitteln bezahlte. Er soll die Hälfte seiner jährlichen Einkünfte für gemeinnützige Zwecke und für die Armen verwandt haben. Obgleich der Darbisten-Gemeinde angehörig, bedachte er ohne Unterschied die Hilfsbedürftigen jeglicher Konfession, besonders fanden deutsche Landsleute zu jeder Zeit kräftige Unterstützung. In letzterer Zeit ließ der Verstorbene ein prachtvolles Museum für die Société des Beaux-Arts erbauen. Das hinterlassene Vermögen wird auf 60 Millionen geschätzt.

— In Reutte in Tirol wurden am 9. d. M. um 2^{1/2} Morgens die Bewohner des Marktes und Umgebung durch ein sehr heftiges Erdbeben vom Schlafe aufgeschreckt. Es war mit einem dumpfen Tone begleitet, als wenn ein großes Gebäude plötzlich zusammengestürzt wäre. Die Dauer desselben mag etwa 3 Sekunden betragen haben. Die Bewegung selbst war stoßend. Nach 4 Uhr Früh wiederholte sich die Bewegung, jedoch in viel milderem Grade.

Aus den Landtagen.

Graz, 13. Februar. Regierungsvorlage bezüglich Einführung des Solarjahres. Der Statthalter macht aufmerksam, daß der Landtag auf keinen Fall vor 1. November d. J. wird wieder einberufen werden, daher sei die Nothwendigkeit vorhanden, das Budget für 1864 rechtzeitig festzustellen. Ein Antrag des Landesauschusses geht dahin, ein Reichsgesetz zu erwirken, daß die Einkommensteuer für Eisenbahnen im Verhältnis der Bahnlängen den direkten Steuern des betreffenden Landes zugerechnet und die entfallende Steuerquote in der Hauptstadt dieses Landes auch entrichtet werde. Wannisch nimmt seinen Antrag wegen Revision des Staatsvertrages mit der Südbahn wieder auf. Nächste Sitzung Donnerstag.

Linz, 13. Februar. Regierungsvorlage bezüglich der Einführung des Solarjahres. Der Landesauschuß wird beauftragt, das Präliminare für 1864 in der angeordneten Richtung anzufertigen. Die Bauordnung für Linz wird einem Comité von fünf Mitgliedern zur Vorberathung zugewiesen. Seyel kündigt an, daß er demnächst ein Straßenkonkurrenzgesetz vorlegen werde. Für die Erhaltung der Landesstraßen werden 151.340 fl. votirt.

Linz, 14. Februar. Schönthaler und Genossen interpelliren wegen einer Forderung der Stadt Braunau an das Avar in Folge des Teschener Friedens und der Abtretung des Inwoertels Seitens Baierns an Oesterreich. Die Fonds-Präliminarien des Landes-Gebär- und Findelhauses werden zu Ende beraten.

Junsbrück, 13. Februar. In der heutigen Landtagssitzung wurden die Anträge des Landesauschusses bezüglich der Fortorganisirung, der Ueberlassung der Anstellung und Entlohnung der Gemeindefeldwaidassessoren, sowie der nöthigen Rücksichtnahme auf den Landesbedarf beim Holzverkauf aus ärarischen Waldungen eingebracht und einem Ausschusse zugewiesen. Ferner Vortrag über das landschaftliche Stipendienwesen. In der vorigen Sitzung wurde der Voranschlag des Landesauschusses für den Grundentlastungsfond pro 1863 angenommen. Für Welschtirol wurden 13 neue Wahlen angeordnet.

Brünn, 13. Februar. Die Wahl eines Ausschusses für den Bau von Kasernen aus Landesmitteln wurde vorgenommen. Der Landtag beschließt: Die vereinte Direktion der Brünnner Versorgungsanstalten hat aufzuhören. Der Bericht des Landesauschusses über noch unabgelöste aber abzulösende Obligatiken an Kirchen u. s. w. wird einem Ausschusse aus den Abtheilungen zugewiesen. Der Landtag bewilligt eine Subvention für den Bau der Zuckmantel-Petersdorfer Straße, ferner einige Gnadengaben. Der Bericht des Landesauschusses, betreffend das Tranksteuer-Aversum wird dem Finanzausschusse zugewiesen. Giskra bringt einen Antrag ein auf Revision des §. 35 der Geschäftsordnung. Nächste Sitzung Donnerstag.

Troppau, 13. Februar. Dr. Demel begründet seinen Antrag wegen Wiedereinführung der Schwurgerichte und stellt den Antrag auf sofortige Behandlung des Gegenstandes. Nach Einbringung zweier Amendements von Dr. Eisenberg und Graf Kuenburg einigt man sich zu folgender Fassung: Die Wiederherstellung des Wahrspruchs durch Geschworene bei Urtheilsfindung in Strafsachen sei ein dringendes Bedürfnis im Kronlande Schlesien. Diese Fassung wird fast einstimmig (Abg. Pohl stimmt dagegen) zum Beschlusse erhoben. Landeschef Graf Belcredi bringt eine Regierungsvorlage betreffend die Einführung des neuen Staatsrechnungsjahres ein und fordert den Landtag auf, sein Präliminare bis Jänner 1864 zu beschließen.

Troppau, 14. Februar. Die Regierungsvorlage in Betreff der Einführung des Solarjahres wurde angenommen. Das Präliminare wurde einem Ausschusse von neun Mitgliedern zugewiesen, deren Wahl in der nächsten Sitzung am 19. d. M. stattfindet.

Czernowitz, 13. Februar. Auf Antrag des Ausschusses wird beschlossen, am 26. Februar Andachten in den Kirchen aller Konfessionen zu halten und Sr. Majestät durch das Staatsministerium den Dank für die Verleihung der Verfassung und die erneuerte Selbstständigkeit der Bukowina auszusprechen. Die heute begonnene Generaldebatte über Erhöhung der Quartierzinse der griechischen Geistlichkeit wird Donnerstag, 20., fortgesetzt. Eingebracht wurden Anträge von Prunkal wegen Errichtung einer land- und forstwirtschaftlichen Schule für die Bukowina und einer Realschule; ferner wegen Einführung von Geschworenengerichten; von Kowacs: um Abänderung des Heeresergänzungsgesetzes.

Klagenfurt, 14. Februar. Der Landeschef theilte heute dem Landtage mit, daß Sr. Majestät über Vorschlag der Ministerien die Einführung des Solarjahres als Verwaltungsjahr genehmigt habe, und daß der Landtag aufgefordert werde, diese Einführung auch für das Landesbudget anzunehmen und erfucht wegen Feststellung der Steuerzuschläge für 1864 Vorsorge zu treffen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde das Patronatsgesetz beendet und die Fleischsagung aufgehoben.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Triest, 15. Februar. Die Majorität des Municipiums hat beschlossen, bei der morgigen Wahl des Podesta ihre Stimmen dem Advocaten Basaggio zu geben.

Lemberg, 15. Februar. Privatnachrichten zufolge haben in der Nacht vom 13. auf den 14. die bei Tomaszow verstreuten Insurgenten, durch Zuzügler verstärkt, Tarnograd genommen. Von den dort liegenden 200 Kosaken sind 34 gefallen, die übrigen zogen sich gegen Zamosc zurück. Grubieszow wurde von den Insurgenten ohne Widerstand besetzt, nachdem die Russen dasselbe vorher geräumt hatten.

Krafsau, 15. Februar. Die russischen Truppen haben sich gestern von Przeszansk nach Slomnik zurückgezogen, und hat der erwartete Kampf bei Oscon nicht stattgefunden.

Trebinje, 14. Februar. In Bielsopavlic wurden zwei Blockhäuser durch die Montenegriner zerstört, wobei ein kleines Gefecht vorkam. Bukalovich ist aus türkischen Diensten entlassen. Vorgestern hat eine Versammlung der Zubjaner und eines serbischen Agenten bei Bukalovich stattgefunden.

Genua, 15. Februar. Ein zu Gunsten Polens stattgefundenes Meeting war nicht zahlreich besucht; es war keine öffentliche Macht aufgeboten. Es wurde eine Rede gehalten. Sobald der Redner vorschlug, die Insurrection durch materielle Mittel zu unterstützen, befahl die Polizei die Auflösung des Meetings, welche ohne Opposition erfolgte in der Stadt herrscht vollkommene Ruhe.

Berlin, 15. Februar. Von der polnischen Grenze wird unterm 14. berichtet: Dem General-Gouverneur Annenkoff von Podolien und Wolhynien wurde die Befugniß zur Verhängung des Belagerungszustandes und des Standrechts übertragen.

Neapel, 15. Februar. Ein zu Gunsten Polens in den letzten Tagen angekündigtes Meeting hat nicht stattgefunden. Gestern Abends schrien gewisse Individuen: Es lebe Polen. Auf die ersten Aufforderungen der Polizei zerstreuten sich die Zusammengeröteten.

Turin, 16. Februar. Abends. Der Finanzminister constatirt in der Kammeritzung, daß das Defizit bis zum 31. Dezember 1862 den Betrag von 374 Millionen Lire erreicht habe. Zum Budget für 1863 beantragt derselbe ein Gesetz, welches die außerordentlichen Kredite durch ein königliches Dekret regelt. Er constatirt die Möglichkeit, das Gleichgewicht im Budget innerhalb des Zeitraumes von 4 Jahren herzustellen, und zwar mittelst einer Anleihe von 700 Millionen durch Verkauf der Domänengüter, Conversion vieler Güter der todtten Hand in Rente Erhöhung der Grundsteuer, Einführung der Mobiliensteuer und des Octrois, Verkauf der Eisenbahnen, Einrichtung eines Bodenkredit-Institutes, Reorganisation der Bank und Reformen im Hypothekewesen. Der Minister glaubt, es sei nothwendig, die politische Ruhe zur Regelung der Finanzen zu benützen. Die Kammer nahm den Vorschlag des Ministers gut auf; die Debatte über die finanzielle Darlegung und die Anleihe erfolgt in der nächsten Sitzung.

Paris, 15. Februar. Dem heutigen Moniteur zufolge fiat Kaiser der Adress-Deputation des gesetzgebenden Körpers bei dem gestrigen Empfange Folgendes erwidert: Die Adresse ist ein neuer Beweis für die Uebereinstimmung zwischen der Legislative und der Regierung.

Diese Uebereinstimmung ist unerläßlicher als je in einer Epoche, wo auf allen Punkten des Erdballs die Wahrheit durch so viele entgegen gesetzte Leidenschaften verdunkelt wird. Frankreich muß stark sein und ruhig im Innern, damit es immer im Stande sei, seinen legitimen Einfluß zu Gunsten der Gerechtigkeit und des Fortschrittes zu üben, deren Triumph nur zu häufig durch die Uebertreibungen der extremen Parteien gefährdet wird. Der Kaiser schloß seine Rede, indem er von den guten Beziehungen zwischen ihm und der Legislative sprach, welche einem patriotischen Gesühle, aber auch der Stellung des Präsidenten des gesetzgebenden Körpers zu verdanken sind, welcher zu gleicher Zeit der Regierung und dem gesetzgebenden Körper angehört.

Madrid, 13. Februar. O'Donnell hat die Königin besucht (?). O'Donnell, Posada Herrera und Regrete wurden zu Staatsräthen ernannt.

Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach am 14. Februar 1863.

Ein Megen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	—	—	5	11
Korn	—	—	3	17
Gerste	—	—	3	—
Hafer	—	—	2	25
Halbfrucht	—	—	3	62
Heiden	—	—	2	55
Hirse	—	—	3	95
Rufurug	—	—	3	15

Theater.

Heute: Kinder-Vorstellung. Mit durchaus verbesserter Besetzung: „Der böse Geist Lumpazi Baga-bundus“ oder „Das liederliche Aleeblatt“, Original-Posse mit Gesang in 3 Akten, von Joh. Restroy. — Hierauf werden 4 Gewinnsche, worunter ein weißes Lamm mit rothseidenem Band an die Kinder ausgegeben.

Jedem gelösten Kinderbillet wird ein Loos gratis beigegeben.

